



Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Justizministerin Weidinger nimmt an Gedenkveranstaltung zum Umgang mit jüdischem Erbe in der DDR teil

Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger, hat heute an einer justizöffentlichen Gedenkveranstaltung in der Winterkirche des Halberstädter Doms teilgenommen. Die Veranstaltung, organisiert vom Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg, Thomas Kluger, widmete sich dem Umgang mit dem jüdischen Erbe und der Shoa-Erinnerungskultur in der DDR – am Beispiel des 1982 am Halberstädter Dom errichteten Mahnmals für die deportierten Halberstädter jüdischen Bürgerinnen und Bürger.

In Fachvorträgen beleuchteten Privatdozent Dr. habil. Philipp Graf von der Universität Leipzig den Umgang der DDR mit dem jüdischen Erbe am Beispiel Halberstadts sowie Prof. Dr. Doron Kiesel, Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrates der Juden in Deutschland, die Frage ungebrochener Traditionslinien des Antisemitismus aus jüdischer Perspektive.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion kamen neben den Referenten auch Zeitzeugen zu Wort: Daniel Priese, der in den 1980er-Jahren als Steinmetz am Halberstädter Dom tätig war, sowie Minister und Oberbürgermeister a. D. Matthias Gabriel, der als Mitorganisator der Gedenkveranstaltung von 1982 über die Entstehung des Mahnmals berichtete.

Ministerin Franziska Weidinger sprach gemeinsam mit Prof. Dr. Kiesel Schlussworte. In ihrem Beitrag würdigte sie das Engagement aller Beteiligten und betonte die bleibende Bedeutung von Erinnerung und Verantwortung – insbesondere für Juristinnen und Juristen als Hüterinnen und Hüter des Rechts. Sie erinnerte an die Deportation der jüdischen Bevölkerung Halberstadts am 12. April 1942 und unterstrich, dass das Gedenken an dieses Ereignis Auftrag und Mahnung zugleich ist.

Thomas Kluger, Richter am Landgericht und Antisemitismusbeauftragter bei der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg: „Veranstaltungen wie diese sind unverzichtbar. Sie erinnern uns daran, dass die Geschichte des Antisemitismus keine abgeschlossene ist. Es ist unserer aller Aufgabe, Erinnerung wachzuhalten und Haltung zu zeigen: Erinnerung und Erkenntnis sind Geschwister. Ich danke allen Referentinnen und Referenten, den Zeitzeugen sowie den Anwesenden, die durch ihr Erscheinen ein Zeichen gesetzt haben.“

Die Veranstaltung fügt sich in das kontinuierliche Engagement der Justiz Sachsen-Anhalt im Kampf gegen Antisemitismus ein. Antisemitismus ist eine Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung – ihr begegnet die Justiz Sachsen-Anhalt mit konsequenter Strafverfolgung und gezielter Aufklärung. Der Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg ist dabei ein fester Bestandteil dieser Arbeit: Er steht als zentraler Ansprechpartner für Fragen zum jüdischen Leben und zu antisemitischen Straftaten zur Verfügung, koordiniert Netzwerke und initiiert Fortbildungen für Justizbedienstete.

Verantwortlich:
Danilo Weiser
Pressesprecher | Referatsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
des Landes Sachsen-Anhalt
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 567-6235, -6234
E-Mail: mj.presse@sachsen-anhalt.de

mj.sachsen-anhalt.de
justizkarriere.sachsen-anhalt.de
X: x.com/Justiz_LSA